

**Johannes Hammer**  
 Zigarettenfabrik  
 Dresden-N. Waisenhausstr.  
 Central-Zeitung

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark, für anderwärts 0,35 Goldmark, für das Ausland 0,50 Goldmark. Die Anzeigenliste 21 mm breit, kostet 1,50 Goldmark für anderwärts 2,00 Goldmark. — Die Druckgebühr für Druckkosten beträgt 0,10 Goldmark. — Für die Herstellung von bestimmten Zeilen und Bildern kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 G. Mart bei freier Zustellung durch Boten Postbezug für Monat August 2,00 Goldmark für die Tages- und Wochenblätter monatlich 2 Kr. 15. Anzeigenentgelten: im Inlande wöchentlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark. **Einzelnnummer 10 G. Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7981, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Abbestellungs-Ordnungen (ohne Rückzahl) werden weder zurückgenommen noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung oder Straftat haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Ar. 194 Dienstag, 19. August 1924 XXXII. Jahrg.

## Kritische parlamentarische Lage

Wird das Kabinett eine Mehrheit erhalten? — Quertreibereien auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei — Heute Räumung von Offenburg

### Die Haltung der Parteien

B. Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht) Die allerwichtigste Frage ist jetzt die: Wie werden sich die Parteien zu den Londoner Beschlüssen stellen? Es ist anzunehmen, daß Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten bereit sind, die Regierung zu unterstützen. Die Schwierigkeiten beginnen aber bereits bei der Deutschen Volkspartei, auf deren rechtem Flügel sich starke Bedenken gegen die Londoner Beschlüsse regen, bei aller Bereitschaft, den Außenminister, der ja zugleich der Führer der Partei ist, zu bedenken. Noch ungewisser ist, wie sich die kleinen Parteien, also die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei, verhalten werden. Da es vermutlich auf jede Stimme ankommen wird, fällt deren Entscheidung stark ins Gewicht.

Von den Deutschnationalen mühte man nach der Form, die ihre Presse anspricht, erwarten, daß sie sich auf einen strikten ablehnenden Standpunkt stellen. In der Tat wird bekanntlich nichts so heiß gesehen, wie man es sucht, und die Deutschnationalen Volkspartei hat sich in ihrer Gutachtenpolitik als so wandlungsfähig erwiesen, daß ein abermaliges Einlenken, wenn parlamentarische Erwägungen es als nötig erscheinen lassen, durchaus nicht von der Hand zu weisen ist. Vorläufig allerdings liegt, wie festgestellt werden muß, kein Anzeichen vor, daß zu diesem Schritt bereit ist.

Die parlamentarische Lage ist also unübersichtlich. Seit Sonnabend sind nun bereits Bemerkungen im Gange, die darauf abzielen, eine neue Krise zu vermeiden. Es ist u. a. die Frage aufgeworfen worden, ob die Zweidrittelmehrheit dadurch erreicht werden könnte, daß die Deutschnationalen zur Zustimmung bewegt würden. Wegen dieser Lösung ist jedoch in der Öffentlichkeit kein Interesse. Gangbarer erscheint der andre Weg, verschiedene Abstimmungen unter Trennung der sachlichen von den politischen Fragen vorzunehmen. Auf diese Art könnte für das Elendbündnis vielleicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit aufgebracht werden.

Das alles aber sind zunächst Laubverwehungen, die noch im ersten Stadium stehen, und es ist zur Stunde noch durchaus unklar, ob und in welcher Form ein Kompromiß gefunden werden kann. Jedenfalls dürfte es sich bei den Deutschnationalen doch rechtlich überlegen, ob sie es auf eine Klärung des Reichstages ankommen lassen wollen. An der Unklarheit der Regierung, in Hinsicht auf diesem äußersten Mittel zu greifen, ist nicht zu zweifeln.

Die deutsche Delegation hat in London zweifellos sichtbare Erfolge in den sachlichen und auch eine Reihe nicht zu unterschätzender Zugeständnisse auch in den politischen Fragen errungen. Das wird auch in der nicht direkt oppositionell eingestellten Berliner Presse anerkannt, trotzdem man auch in den Kreisen, die links von den Deutschnationalen stehen, über die bedauerliche Tatsache, daß an der einjährigen Klärungsfrist, abgesehen von Versprechungen, die auf den zwei Augustterminen stehen, in den Schlussverhandlungen festgehalten worden ist, sich nur schweren Herzens hinwegsetzt. Besonders hat es in Berliner politischen Kreisen entzündet, daß nicht wenigstens eine internationale Garantie für die faktische Durchführung der Räumung zum vorgesehenen Termin erreicht wurde. Der offizielle Briefwechsel, der im Hinblick auf die Paraphierung des Londoner Paktes erfolgt, wird hier nicht als ein ausreichender Erfolg angesehen. Es läßt sich daher voraussetzen, daß die Regierung gerade in diesem Punkte einen schweren Standpunkt im Reichstag haben wird.

Da das Kabinett offenbar Wert auf eine möglichst schnelle parlamentarische Erledigung der Dawesangelegenheit legt, wird sich der Kampf im Reichstag voraussichtlich auf einen sehr knappen Zeitraum zusammendrängen. Es wäre unter diesen Umständen angebracht, wenn die beachtliche Versprechung der Arbeitslosigkeitfrage und des Delegationsabkommens im Hinblick auf die sozialdemokratische Interpellation, die der Reichsarbeitsminister Bruns zu beantworten sich bereit erklärt hat, auf spätere Zeit verlagert würde, damit die bevorstehende politische Auseinandersetzung nicht noch zu allem Überflus mit dieser heiklen Streitfrage belastet wird. Da die Sozialdemokraten selbst der Interpellation über den Arbeitsvertrag eine viel zu große Bedeutung beimessen und sie nicht so einfach abgetan sehen wollen, stünde eigentlich einer Verschiebung nichts entgegen.

Man nimmt an, daß die deutschen Delegationsmitglieder heute vormittag nach ihrer Ankunft in Berlin mit den Parteiführern des Reichstages frühling werden.

men werden. Ueber den Termin der Plenarsitzung wird erst der für Mittwoch einberufene Vorkonferenzbesitzung laffen.

### Das Urteil Englands

London, 18. August. Die Blätter geben allgemein ihrer Zufriedenheit über das Ergebnis der Londoner Konferenz Ausdruck. Die „Times“ sagen: „Die Konferenz hat mehr erreicht, als sie sich vorgenommen hatte. Sie hat die Harmonie unter den Alliierten über das wichtigste Problem Europas wiederhergestellt. Sie hat Frankreich und Deutschland aus der kalten Atmosphäre eiliger Noten und unfreundlichen Berichts in die Atmosphäre freundschaftlicher Erörterung geführt. Sie hat die unmögliche, aber äußerst wertvolle Teilnahme der Vereinigten Staaten am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Alten Welt besiegelt. Es wird zwar in weiten Kreisen als bedauerlich empfunden werden, daß die Räumung des Ruhrgebietes nicht unverzüglich erfolgt. Aber man darf nicht vergessen, daß diese Frage ursprünglich gar nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stand. Auch der kritische Beobachter könnte denkbar sein, daß so viel erreicht wurde. Die Deutschen hätten nicht gemungen unterzeichnet. Ihre Delegierten hätten den arden Vorstoß der Vereinbarungen anerkannt. Sie hätten ihre Zustimmung in Freiheit erteilt. Man müßte aufrecht hoffen, daß ihr Parlament die Entscheidung seiner verantwortlichen Führer nicht umhin werde. Es würde gut tun, sich klarzumachen, wie der andre Weg auszuweichen wäre. Ohne Abkommen wäre ihr Land wieder in die Vereinbarungen zurückzufallen, aus der der Dawes-Plan herauszöge. Die Kriegsentlastung würde ihre Oertheit über Westeuropas wiedergewonnen haben. Das unvermeidliche Opfer, das jedes Land bringen müßte, komme seiner eigenen Wohlfahrt und der Befriedigung Europas zugute.“

Die konservativere „Morningpost“ äußert sich sehr kühl zum Ergebnis der Londoner Konferenz. Das Blatt bemerkt: Das geschlossene Abkommen sei ein bemerkenswerter Fortschritt, zu dem die Ruhrbesetzung wesentlich beigetragen habe. Weiter führt das Blatt an: Die einzige Garantie für den Frieden Europas sei die Verständigung zwischen England und Frankreich, die sich zur Allianz entwickelte, und nicht der Befehlshaber Andorra, das das Londoner Abkommen die Befreiung Deutschlands von seinen schweren wirtschaftlichen Fesseln und sein Wiederaufleben als scharfer Kontrast zum Weltmarkt bedeute.

„Daily Telegraph“ sagt, das Londoner Abkommen werde zweifellos scharf kritisiert werden, ganz besonders von den extremen Deutschnationalen. Aber es behält den Ansehen dafür, daß die Deutschen, wenn sie es wünschten, das Tempo des französischen Abzugs beschleunigen könnten, indem sie bezüglich der Reparationen und anderer Fragen ihren guten Willen zeigen.

### Beginn der Räumung

Paris, 17. August. Genad veröffentlicht folgende Note: Die badischen Städte Offenburg und Speyer sind am 4. Februar 1923 infolge der Aufhebung der internationalen Säge Paris—Warschau und Paris—Wien seitens der deutschen Behörden als Sanktion von den französischen Truppen besetzt worden. Da der Verkehr dieser Säge für die wiedereingestellt worden ist, haben sich die französische und die belgische Regierung darüber geeinigt, diese Ortschaften räumen zu lassen. Die französischen Truppen werden am 18. August aus ihnen abziehen.

### Die neue Hungersnot in Rußland Wieder Brot- und Zuckerpolonaisen

Moskau, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Hier steht man zur Zeit nicht nur Zucker, sondern auch Brotpolonaisen. Die „Pravda“ hebt den Grund dieser Erscheinung in der Schließung der privaten Bäckereien und in der geringen Zahl von Gewerkschaftsbäckereien, die nicht Herr der Lage werden können. Außerdem besitzt Moskau zur Zeit sehr geringe Vorräte, und zwar wegen für einen Monat (es sind 241 000 Pud bei einem Monatsverbrauch von 300 000 bis 374 000 Pud) vorhanden. Es liegen mehr reich nur noch 18 Tage.

### Und nun?

Wollen wir wieder einmal Tauben fangen sehen? Jeder kennt die triviale Geschichte vom Sperling in der Hand und der Taube auf dem Dache. Man braucht weiter kein unnützes Wort über die Moral aus dieser alten Fabel zu verlieren. In der deutschen Politik hat man aber nur allzuoft den Tauben auf dem Dache nachgesehen und dabei auch noch den Sperling aus der Hand verloren. Das jetzt schwereren Herzens unterzeichnete Gutachten ist von uns nicht als ein Ideal bezeichnet worden. Die Bemerkungen, die man in London aus politischen Gründen vorzunehmen hat, haben es noch weniger empfehlenswert gemacht. Die Abneigung der deutschen oppositionellen Parteien gegen die Unterdrückung unter dieses Gutachten ist verständlich. Sie sehen auf dem Dache die schöne, leuchtende, weiße Taube der deutschen Befreiung, des deutschen Wiederaufstieges und weisen verächtlich auf den kleinen, schmutzigen, schäblichen Sperling des Dawes-Gutachtens in der Hand der aus London zurückkehrenden deutschen Delegation. Wir sympathisieren durchaus in jeder Beziehung mit ihrem Standpunkt. Niemand nimmt einen Sperling, wenn er eine Taube haben kann. Aber ist die Taube heute zu haben? Wissen die Deutschnationalen ein unbedingtes sicheres Mittel, sie einzufangen? Bei den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen darf nur eine Frage entscheidend sein: Gibt es ein besseres Mittel, zur deutschen Freiheit zu gelangen, als durch das Dawes-Gutachten, oder gibt es ein solches Mittel nicht? Bisher hat keine der Oppositionsparteien einen besseren Weg zu zeigen vermocht.

Die deutsche Delegation hofft auf Annahme des Gutachtens. Trotzdem sind die parlamentarischen Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen. Sie werden vor allem beim Eisenbahngesetz, das eine Zweidrittelmehrheit verlangt, mit größter Schärfe hervortreten. Zentrum und Demokraten werden wahrscheinlich für die Annahme zu haben sein. Die Sozialdemokratie hat ja von vornherein mit einer an Majoritätsmaß grenzenden Bereitwilligkeit ihre Unterstützung unter das Gutachten versichert. Unklar ist die Stellung der Deutschen Volkspartei, wo auf dem rechten Flügel die gemäßigten Schwierigkeiten entstehen. Doch darf angenommen werden, daß die Deutsche Volkspartei sich nicht selbst die Schande antun wird, ihren begabtesten und bedeutendsten Führer von heute offen zu desavouieren.

Bei den Deutschnationalen schlägt man wieder einmal zur Abwechslung einen härteren Ton an, ohne daß zur Stunde bereits gesagt werden könnte, daß die Deutschnationalen unbedingt gegen das Gesetz stimmen werden.

Wälg ablehnend verhalten sich natürlich die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Herr Dinter veranlaßt in Weimar gestern Aburteilung der deutschen Delegation durch einen Staatsgerichtshof.

Aber selbst wenn es, wie man hofft, der Regierung gelingt, den Vertrag durch alle parlamentarischen Klippen sicher hindurchzuschleusen und die Zustimmung des Reichstages zu erlangen, so muß doch vor einem in gewissen Wirtschaftskreisen hervortretenden und von nicht besonders tiefer politischer Einsicht ausgehenden Optimismus gewarnt werden. Der Vertrag nimmt keine Ketten, er verteilt lediglich ihre Anordnung neu, macht sie weniger drückend.

In Versailles war man noch dilettant im Rettenlegen. Man fesselte und einsah rot und brutal. Das Dawes-Gutachten ist sozusagen eine Fesselung nach wissenschaftlichen Methoden. Man sieht darauf, daß die Fesseln nicht unnützlich fesseln, nicht zu sehr drücken, daß sie nicht unnützlich von der Arbeit abhalten, mit der wir die Forderungen unserer Gegner erfüllen sollen. Man verweist ferner Frankreich aus dem gleichen Grunde, und bei dieser Arbeit zu hindern, indem es an den Fesseln, die uns belasten, zerrt und reißt. In diesem Bewußtsein legt der Vertrag aus Frankreich eine ganze Reihe von Fesseln an. Auch die politische Handlungsfreiheit dieses Landes wird in weitgehendem Maße eingeschränkt.

lihen dem Kabinett Marx-Stresemann. Das Vokabularium der französischen Poincaristen ist dem der deutschen Reichsparteien zum Teil bis in die kleinsten Neuhäutchen gleich. Man spricht in den großen Pariser Boulevardblättern, genau so wie in der „Deutschen Tageszeitung“ von den „Fesseln der Großfinanz“, die Frankreich angelegt würden, und tobt darüber, daß die Würde Frankreichs „Bankierlaunen ausgeliefert werde“, wie neulich im „Matin“ zu lesen stand.

Wir wollen ehrlich sein: diese Kritik ist in gewissem Sinne nicht so unrichtig. Zum ersten Male fanden auf der Londoner Konferenz die politischen Vertreter ganzer Völker auf gleicher Stufe, wie die Vertreter von finanziellen Privatinteressen. Ja, noch mehr: die politischen Vertreter wichen in den wesentlichen Punkten vor den Bankiers zurück. Die ursprünglichen französischen Pläne wurden noch vor der Ankunft der Deutschen durch das Machtwort der Bankiers vereitelt, und die Unterdrückung Deutschlands endlich wurde durch das Diktat der Londoner und New-Yorker Bankwelt erreicht. Man hat sich die Bedeutung dieses außerordentlichen Vorganges noch nicht genügend klar gemacht. Er stellt einen Wendepunkt in der politischen Geschichte des Abendlandes vor, auch wenn man das Verhältnis von Politik und Bankier auf der Londoner Konferenz nicht so drastisch auffaßt, wie dies Herr Dr. Walter Schotte, der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, im letzten Heft seiner Zeitschrift tut, wenn er schreibt, daß alle europäischen Ministerpräsidenten, Herriot und MacDonald ebensowohl wie Dr. Stresemann, vor dem Vertreter Morgans krammbeugen mußten.

Dr. Schotte wendet sich in einem außerordentlich scharfen Aufsatz gegen die Annahme des Dawes-Verständigen Gutachtens und nicht dabei von Gedankenängsten aus, die denen sehr ähnlich sind, die wir vor kurzem an dieser Stelle in einem „Pax Americana“ überföhrten Artikel behandelt. Nach einer heftigen Kritik Dr. Stresemanns und der deutschen Delegation stellt er die Frage: „Hat Europa keine Wahl als Amerika zu geborchen oder unterzugehen? Ist die Macht Amerikas so groß?“

Er ist der Ansicht, daß Widerstand sehr wohl Aussicht auf Erfolg biete, denn „jede der großen europäischen Nationen ist fähig, das amerikanische Reich über Europa zu zerschlagen, wenn sie nur will. Die Finanz ist im Grunde maßlos gegenüber den geschichtlichen Mächten, welche die Staatenbildung Europas und sein Verhältnis zur Welt bestimmten. Deutschlands Möglichkeit zu selbstständiger Selbständigkeit gegenüber der amerikanischen Finanz sind an und für sich nicht geringer als die Frankreichs, wie jeder gern zugibt.“ Mit welchen Mitteln aber soll diese Zerschlagung des amerikanischen Reiches erfolgen?

Dr. Schotte appelliert, was einhergehen übernahm, an die Solidarität des Europäertums und glaubt, daß allein diese Solidarität Europa vor der amerikanischen Barbarei retten könne. Gleichzeitig muß er aber, nur wenige Zeilen danach, ausgehen, daß die Solidarität Europas zur Zeit noch eine in ferne Zukunft liegende Utopie ist. Wie also soll das Reich zerschlagen werden? Auch ein so hervorragender Kritiker der heiligen deutschen Regierungsverfahren weiß keine positive Politik vorzuschlagen. Ein Befreiungskampf? Frankreich würde unter den heutigen Umständen, wie auch Dr. Schotte zugibt, auf der Seite der amerikanischen Hochfinanz kämpfen. Ein Befreiungskampf wäre heute nicht möglich, sondern nur ein neuer europäischer Bruderkampf zwischen Deutschland und Frankreich, der den Griff des amerikanischen Kapitalis in Europa nur festigen müßte. Deutschlands einziger Bundesgenosse in einem solchen Kampfe wäre Rußland.

Auch das ist zur Zeit realpolitisch nicht möglich. Rußland hat seinen Vertrag mit England abgeschlossen. Rußland will den Kampf gegen das Angelfochstum führen, aber es will den Moment des Beginns selbst bestimmen. Es denkt nicht daran, sich von Deutschland vorschreiben zu lassen. Und selbst wenn? Eine Armee, die unter solchen Umständen Frankreich die Franzosen schlage und über den Rhein ins Weltland vorrückte, wäre eine unter russischem Kommando stehende rote Armee.

**Tortosa**  
 unfort.  
 Bremer-Fabrikat  
 20 Gold-Pfennig  
 100 Gold-Pfennig  
 18 Gold-Pfennig  
 Berlin Trause  
 Süsswaren-Rohde  
 Textil-  
 Ausstellung  
 J. H. H.  
 für Bleiberecht.  
 Kleider  
 Hüfen  
 Röde  
 Max Klegler  
 Postkarten  
 mit Photographie  
 12  
 Paßbilder  
 Sonder-  
 Angebot